

Politik

Grüne wollen Naturschutzgesetz bekämpfen

Die Grünen kritisieren das geplante Vorarlberger Naturschutzgesetz scharf. In einer Pressekonferenz am Montag kündigten sie an, den Gesetzesentwurf zu bekämpfen, weil er gegen Bundesgesetze und Europarecht verstoße.

31.08.2026 15.01

Für die Vorarlberger Grünen ist das geplante Naturschutzgesetz ein rotes Tuch. Unter anderem kritisieren sie, dass Straßen bis vier Meter Breite künftig unabhängig von ihrer Länge ohne naturschutzrechtliches Verfahren gebaut werden könnten. Außerdem würde das Gesetz ermöglichen, dass landwirtschaftlich genutzte Moore bis 500 Quadratmeter ohne Naturschutzprüfung trocken gelegt werden können. Auch würden Gemeinden, Naturschutzanwaltschaft und Umweltorganisationen in zahlreichen Verfahren Mitspracherechte bzw. Beschwerdemöglichkeiten verlieren.

Daniel Zadra, Umweltsprecher der Grünen und der Grüne Wirtschaftssprecher Bernie Weber warnten vor den Folgen des Gesetzes. Zadra betonte, dass das Gesetz Vorarlberg schaden und Rechtsunsicherheit schaffen würde. Weber fügte hinzu, dass das Gesetz grundlegende Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und des europäischen Umweltrechts verletze.

„Wir werden bis zum Beschluss im Landtag mit allen politischen Mitteln für Änderungen kämpfen. Sollte es keine grundlegenden Änderungen geben, werden wir auch alle Möglichkeiten für rechtliche Schritte prüfen“, sagte Zadra in der Aussendung weiters.

Öffentliche Beteiligung möglich

Der Gesetzesentwurf (<https://vorarlberg.at/-/naturschutz-deregulierungsgesetz-2026-sammelnovelle-1>) ist in der Begutachtung und kann bis 25. September über das Veröffentlichungsportal des Landes Vorarlberg sowie in verschiedenen Amtsstellen eingesehen werden. Alle Interessierten sind auch eingeladen, ihre Stellungnahmen online abzugeben.

red, vorarlberg.ORF.at

